

**HK****Handelskammer
Hamburg****Plenarsitzung**

4. Oktober 2018, 16:00 Uhr

Protokoll

Vorsitz: Präses Tobias Bergmann**Tagesordnung**

- 1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 6. September 2018**
- 2. Genehmigung der Tagesordnung**
- 3. Restanten der September-Sitzung**
 - a) Antrag von Frau Arova zur Bewertung der aktuellen und zukünftigen wirtschaftlichen Perspektive des Hamburger Hafens
 - b) Antrag von Herrn Holstein zur Verhängung eines Einstellungsstopps
- 4. Beitragserstattung im Zuge der Umsetzung des Urteils des OVG Hamburg in dem Verfahren wer-zu-wem GmbH ./. Handelskammer Hamburg (5 Bf 213/12)**
 - a) Beschlussvorschlag des Präsidiums und des Ausschusses für Inneres
 - b) Beschlussvorschlag von Herrn Pirck
- 5. Stellungnahme der Handelskammer zum Medienstaatsvertrag**
- 6. Beschluss zu den Betriebszeiten des Flughafens Hamburg**
- 7. „Verantwortungsbiographien“ – Einrichtung einer Folgekommission zur Stolpersteinkommission**
- 8. Eckpunktepapier Shoppingmetropole Hamburg 2030**
- 9. Antrag von Annett Nack-Warenycia, Diana Rickwardt, Stefan Duphorn, Dominik Lorenzen, André Mücke, Dr. Torsten Teichert Für eine gemeinsame Reform der Handelskammer mit Augenmaß**
- 10. Aktuelles aus der Mitte des Plenums**
- 11. Berichte**
 - a) des Präses und des Präsidiums
 - b) der Hauptgeschäftsführerin
 - c) aus den Ausschüssen
- 12. Verschiedenes**

Anwesend:

Herr Präses Bergmann;

Herren Vizepräses Dr. Killinger, Mücke, Frau Vizepräses Rickwardt, Herr Vizepräses Dr. Teichert;

Frau Albertsen, Frau Arova, Frau Beckmann, Herren Dr. Behrens, Brauer, Costur, Duphorn, Ederhof, Falk, Gehrckens, Goetz, Hanneforth, Frau Harbs, Herren Heimsoth, Hellwig, Holstein, Jakovlev, Kaufholz, Korff, Kranz, Kuhlmann, Frau Nack-Warenycia, Herren Perleberg, Pirck, Frau Prinz, Herren Räber, Reinecke, Selent, Siebold, Sträßner

dauerhafte Gäste im Plenum: Herren Enkerts, Dr. Mecke, Frau Rohwedder, Herr van der Schalk

Gäste: Herr Dircks

Aus dem Hauptamt:

Frau Degen, Frau Beine, Herren Graf, Höhr, Kornella, Schüßler, Frau Thormann

Herr Beßmann, Frau Färber, Frau Försterling (Protokoll), Herren Henze, Konow, Dr. König, Frau Schroers, Herren Dr. Lau, Müller, Preck, Frau Schmidt

Entschuldigt fehlen:

Herren Asmus, Dr. Brüggestrat, Dürre, Ebert, Vizepräses Elmendorf, Enke, Koopmann, Kröger, Dr. Kruse, Daniel Lorenzen, Dominik Lorenzen, Lorenz-Meyer, Frau Schoras, Herren Thies, Dr. Vogelsang, Frau Wendt-Heinrich, Herren Wendt-Reese, Wöhlke

*Zu Beginn der Sitzung befinden sich 35 Abstimmungsberechtigte im Plenarsaal.
Die Beschlussfähigkeit von mindestens 33 Abstimmungsberechtigten war bei jeder Abstimmung der Sitzung gegeben.*

Herr Präses Bergmann begrüßt die Anwesenden und stellt auf Nachfrage von Herrn Pirck die Beschlussfähigkeit des Plenums fest. Er gibt Auskunft, dass in der vorangegangenen Präsidiumssitzung das Thema der Abfindungen für ehemalige Geschäftsführer der Handelskammer besprochen worden sei, daraufhin betont Frau Degen, der Handelskammer würden im Zuge der Aufhebungsvereinbarung mit Frau Corinna Nienstedt keine finanziellen Schäden entstehen.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 6. September 2018

Das Plenum genehmigt einstimmig das Protokoll der letzten Plenarsitzung vom 6. September 2018.

TOP 2: Genehmigung der Tagesordnung

Herr Präses Bergmann streicht TOP 8 aus der aktuellen Tagesordnung, da Herr Weber an der Sitzung nicht teilnehmen könne.

Die Tagesordnung der Sitzung vom 4. Oktober 2018 wird einstimmig vom Plenum angenommen.

Herr Pirck schlägt vor, TOP 9 vor TOP 3 zu ziehen und bittet darum, in Zukunft die Berichte des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführung an den Anfang der Tagesordnung zu stellen. Herr Präses Bergmann bittet Fragen zu den Berichten vor der Sitzung einzureichen, sodass eine Priorisierung vorgenommen werden könne und dementsprechend die Tagesordnung angepasst würde. Er teilt zudem mit, dass die Novembersitzung auf drei Stunden angesetzt werde.

Herr van der Schalk schlägt vor, TOP 11 nach vorn zu ziehen und Frau Rickwardt weist daraufhin, dass TOP 5 aufgrund der Rückmeldefrist zum Medienstaatsvertrag an die Staatskanzlei Rheinland-Pfalz unbedingt in der heutigen Sitzung Berücksichtigung finden müsse. Die Vorschläge TOP 9 und TOP 11 vorzuziehen sowie TOP 5 in jedem Falle zu behandeln, werden angenommen.

TOP 9: Antrag von Annett Nack-Warenycia, Diana Rickwardt, Stefan Duphorn, Dominik Lorenzen, André Mücke, Dr. Torsten Teichert Für eine gemeinsame Reform der Handelskammer mit Augenmaß

Herr Mücke begründet den Antrag mit der Notwendigkeit, dass die Handelskammer sich künftig auf Sachthemen konzentrieren müsse, anstatt sich hauptsächlich mit sich selbst zu beschäftigen. Er stellt die Begründung sowie den Antrag vor, der die Hauptgeschäftsführerin verpflichtet, in der Novembersitzung des Plenums einen detaillierten Bericht über die Inhalte der Restrukturierung, die Personalentwicklung bis 2023 sowie die mittelfristige Finanzplanung bis 2023 vorzustellen. Auf dieser Grundlage solle dann in der Dezember-Sitzung des Plenums beschlossen werden, wie die Reform umzusetzen sei und ob an der 60-40-20 Zielsetzung festgehalten werden könne (s. Antragsbegründung in Anlage 1 - TOP 9).

Frau Degen stellt daraufhin anhand der Folien in Anlage 2 den aktuellen Stand des Reorganisationsprozesses vor und betont, dass dieser als Werkstattbericht zu lesen sei. Die Zeitleiste zeige, dass bereits eine Vielzahl von Punkten bearbeitet worden sei. Die Bereichsstrategie seien definiert, derzeit würden die Kernprozesse definiert, den Bereichen zugeordnet und anschließend modelliert. Die Personaleinsatzplanung werde im Hause durch Selbsteinschätzung der Mitarbeiter, Kompetenzbeurteilung des Vorgesetzten sowie eines Onlinetools nach Veränderungswünschen erarbeitet. Dies sei besser und kostengünstiger als ein Audit einer externen Beratung. Um einen bedarfsgerechteren Zielgruppenzuschnitt der neuen Organisationsstruktur zu erhalten, werde die Personas-Methodik genutzt. Hier ergaben sich bisher fünf Personas, die für eine zielgerichtete Ansprache und Serviceentwicklung genutzt werden solle. Abschließend verweist Frau Degen auf den anstehenden Plenarworkshop am 23. Oktober zur Ausarbeitung der strategischen Ziele mit Projekten.

Herr Höhr erläutert die Stellungnahme des Hauptamts zum Antrag „Für eine gemeinsame Reform der Handelskammer mit Augenmaß“ (Anlage 3) wie folgt: In der Geschäftsführerbesprechung am 1. Oktober 2018 sei über den Antrag gesprochen worden. Annähernd alle Punkte trafen auf einhellige Zustimmung. Einzig die Rolle des Hauptamts als "effiziente Verwaltung und Servicestelle des Ehrenamts" sei als unvollständige Beschreibung erachtet worden. Die Stellungnahme diene dazu, die grundsätzliche Zustimmung zu einer Vielzahl der Punkte explizit zu machen und zu erreichen, dass das Plenum die Sicht des Hauptamts zu dem einen spezifischen Punkt kenne, wenn über weitere Schritte beraten werde.

Herr Pirck äußert sich verwundert über den Antrag, da ein ähnlicher Antrag von ihm und Herrn Koopmann in der September-Plenarsitzung abgelehnt wurde. Generell fände er es gut, dass Gräben überwunden werden sollen, er frage sich jedoch, was an diesem Antrag anders sei.

Herr Dr. Teichert bestätigt eine Ähnlichkeit, jedoch habe dieser Antrag nicht das Ziel den Prozess sofort zu unterbrechen. Er habe große Zweifel den Prozess schnell durchzuziehen, erst einmal müssten alle Fakten auf den Tisch. Für die finanzielle Zielsetzung sei es wichtig, Klarheit in der Haushaltsplanung zu schaffen, das hieße zu wissen wie mit dem Plan „60-40-20“ umgegangen werden könne.

Frau Nack-Warenycia erklärt, sie sei in drei Punkten von Herrn Pirck überzeugt worden. Der Prozess sei schwer in dieser Schnelligkeit zu verstehen, die Satzungsgruppe sei unter zu großem Zeitdruck, alles wäre dem Spardiktat 60-40-20 unterstellt.

Herr Ederhof bestätigt, dass „Servicestelle“ nicht die richtige Bezeichnung für das Hauptamt sei, es soll eine kooperative Atmosphäre geschaffen werden und keine Hierarchien aufgebaut. Dies gelte jedoch auch für die Stellungnahme des Hauptamts, er halte es für nicht richtig das Hauptamt hoheitliche Aufgaben völlig eigenverantwortlich behandeln zu lassen. Herr Ederhof spricht sich für einen Änderungsantrag aus.

Frau Degen erklärt, dass der Zeitplan bis zur Plenarsitzung im November nicht realistisch sei. Dies ginge nur, wenn von Seiten der Mitglieder des Plenums weniger Vorlauf für die Bereitstellung der vorbereitenden Unterlagen akzeptiert würde. Zudem bliebe die Sparvorgabe auch bestehen wenn die 20 Millionen durch eine 30 Millionen ersetzt würden.

Herr Pirck schlägt vor, bis zur Klärung keine weiteren Berateraufträge zu vergeben.

Herr Falk merkt an, dass es keinen Antrag benötige, um sich nicht im Kreis zu drehen, da diese Intension selbstredend sei und somit eine solche Diskussion unnötig Zeit verschwende. Der Antrag sei daher überflüssig.

Herr Mücke gibt zu bedenken, dass die Diskussion um die Semantik der Textbausteine sich auf die Begründung beziehe, welche ohnehin nicht Teil der Beschlusslage sei.

Herr Dr. Teichert betont, wie schwierig es sei eine Neustrukturierung und Personalplanung durchzuführen, wenn es bei 60-40-20 bliebe, dies sei immer noch die aktuelle Beschlusslage. Eine Öffnung des Prozesses sei nötig, um zu analysieren, ob die alte Beschlusslage aktuell noch Sinn ergebe. Eine Verknüpfung von Struktur und Zahlen mache dann eine Entscheidung möglich. Fände diese Öffnung nicht statt, müsse das Hauptamt auf jeden Fall mit den 20 Millionen kalkulieren.

Herr Präses Bergmann fragt Frau Degen, ob die Novemberfrist mit weniger Vorlauf machbar sei, was diese bestätigt. Der Bericht würde am 30.10. versendet werden. Die Begründung des Antrags wird zurückgenommen und Herr Ederhof zieht seinen Änderungsantrag daraufhin zurück.

Das Plenum stimmt dem Antrag von Annett Nack-Warenycia, Diana Rickwardt, Stefan Duphorn, Dominik Lorenzen, André Mücke, Dr. Torsten Teichert Für eine gemeinsame Reform der Handelskammer mit Augenmaß mit 33 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme zu.

TOP 11: Berichte

a. des Präses und des Präsidiums

Herr Mücke berichtet anhand der Folien in Anlage 4 über die aktuellen Ausbildungszahlen und hebt hervor, dass im September 2018 die Zahl der neu eingetragenen Ausbildungsverträge bei 8.821 lag, dies bedeute im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 1,02 Prozent.

Frau Rickwardt fragt, ob es dazu nationale Vergleichszahlen gäbe, woraufhin Herr Mücke erwidert, diese seien leider nicht leicht abrufbar bei den IHKs, er werde sich aber darum kümmern. Herr Hanneforth bittet für eine Benchmark-Analyse zusätzlich um die Jahrgangsabschlusszahlen.

c. aus den Ausschüssen

Herr van der Schalk bedankt sich als Vorsitzender des Ausschusses für Hafen und Schifffahrt für die intensive Beteiligung der betroffenen Ausschüsse an der Erarbeitung des Eckpunktepapiers zu den Erfolgsfaktoren für den Hamburger Hafen. Dieses sei in der Mai-Sitzung des Plenums ohne Gegenstimme verabschiedet worden. Insgesamt würden in 13 Punkten grundlegende Maßnahmen zur Zukunftssicherung des Hamburger Hafens gefordert. Unter anderem seien bereits die Punkte zur Neuregelung der Einfuhrumsatzsteuer und eine flächendeckende Versorgung des Hafens und der Elbe mit dem neuen 5G-Mobilfunkstandard in den politischen Prozess eingespeist worden. Gleiches gelte für einige Nachhaltigkeitsthemen, sowie den Wunsch nach einer auskömmlichen Finanzierung der Hamburg Port Authority. Die Umsetzung der Forderungen sei derzeit in vollem Gange.

TOP 3: Restanten der September-Sitzung

a) Antrag von Frau Arova zur Bewertung der aktuellen und zukünftigen wirtschaftlichen Perspektive des Hamburger Hafens

Herr Präses Bergmann weist daraufhin, dass der Antrag noch einmal durch Herrn Korff sowie das Präsidium modifiziert wurde und in der Tischauslage zu finden sei (Anlage 5). Frau Arova bekräftigt, dass es bei diesem Antrag um das Gesamtinteresse der Hamburger Wirtschaft ginge und daher die aktuelle wirtschaftliche Situation sowie die Effekte des Hafens festzustellen, als auch künftige Handlungsoptionen zu ermitteln seien. Um eine realistische wirtschaftliche Bestandsaufnahme und Prognose erstellen zu können, sei die Zusammenarbeit mit einem externen Gutachter sinnvoll.

Herr Korff unterstützt den Antrag mit der Ergänzung, dass im Hafengebiet viele Flächen ineffizient genutzt würden, diese auf fossile Rohstoffe ausgelegt seien und mit Blick in die Wirtschaftsentwicklung in Zukunft anders genutzt werden könnten. Um ein möglichst unabhängiges Bild zu erarbeiten, halte er die Beteiligung eines externen Instituts sowie die Einbeziehung der entsprechenden Ausschüsse für angemessen.

Herr Dr. Killinger unterstreicht seine Unterstützung des Antrags damit, dass die Hafenentwicklungsplanung ohne Berücksichtigung der Stadtplanung stattfände und die Entwicklungspotenziale des Hafens nicht nur von der Elbvertiefung abhängig gemacht werden könne. Es ginge in dem Antrag grundsätzlich um die Stadt, es sollen tatsächliche Potenziale aufgedeckt werden. Er regt zudem an, die Hamburg Port Authority mit in die Untersuchung einzubeziehen.

Herr van der Schalk plädiert zunächst für eine Befassung des Ausschusses für Hafen und Schifffahrt in dieser Angelegenheit, da der Antrag im Schwerpunkt auf eine Analyse der Entwicklungspotenziale des Hamburger Hafens fokussiere. Grundsätzlicher Bedarf, Rahmenbedingungen und sonstige Eckpunkte des Gutachtens sollten daher zunächst im hierfür zuständigen Fachausschuss diskutiert werden, damit dieser seiner Beratungsfunktion nachkommen könne.

Herr Präses Bergmann fragt Frau Arova, ob eine Zurückweisung in den Ausschuss für Hafen und Schifffahrt inklusive der Gäste aus den anderen Ausschüssen, welche für das Eckpunktetpapier zuständig waren, für sie in Ordnung sei, woraufhin sie verneint. Die Frage wird dem Plenum zur Abstimmung gegeben.

Das Plenum lehnt in der Ad-hoc-Zusatzabstimmung 1 den Änderungsantrag von Herrn van der Schalk mit fünf Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und bei drei Enthaltungen ab.

Das Plenum stimmt dem Antrag zur Bewertung der aktuellen und zukünftigen wirtschaftlichen Perspektive des Hamburger Hafens mit 27 Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen und vier Enthaltungen zu.

b) Antrag von Herrn Holstein zur Verhängung eines Einstellungsstopps

Herr Holstein zieht seinen Antrag mit der Begründung, dass dieser aus dem August stamme und Frau Degen bereits einen internen Einstellungsstopp verhängt habe, zurück.

Frau Degen ergänzt, dass der Einstellungsstopp nicht für Stellen gelte, die durch Fördermittel finanziert würden, sowie für Personen die aus dem Mutterschutz zurückkehrten und für Azubis in deren Vertrag eine anschließende Einstellung vereinbart sei. Außerdem würden

wichtige Stellen, wie beispielsweise die Bereichsleitungsstelle Marketing und Mitgliederkommunikation offen ausgeschrieben.

TOP 4: Beitragserstattung im Zuge der Umsetzung des Urteils des OVG Hamburg in dem Verfahren wer-zu-wem GmbH ./ Handelskammer Hamburg (5 Bf 213/12)

a) Beschlussvorschlag des Präsidiums und des Ausschusses für Inneres

Herr Kornella erklärt anhand der Folien in Anlage 6 die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und des Präsidiums zur Beitragserstattung, welche sich aus der Umsetzung des Urteils des OVG Hamburg in dem Verfahren wer-zu-wem GmbH ./ Handelskammer Hamburg ergebe. Die Urteilsbegründung des OVG Hamburg mache eine Korrektur der festgestellten Mängel im Bereich Rücklagen und Ergebnisvorträge nötig. Die Korrekturhöhe betrage insgesamt 20 Millionen Euro. Aufgrund der Festsetzungsfrist müsse noch im Jahr 2018 gehandelt werden. Diese Korrektur benötige eine Rücklagenentnahme (Anlage 7), welche durch das Plenum im Rahmen einer Nachtragswirtschaftsplanung 2018 beschlossen werden müsse. Für die Unternehmen, die im Jahr 2014 Beiträge an die Handelskammer gezahlt hatten, hieße das konkret, dass sie rund 59 Prozent des gezahlten Beitrags zurück überwiesen bekämen. Eine Verrechnung in 2019 sei aufgrund der Festsetzungsverjährung nicht möglich. Es bestünde jedoch die Möglichkeit auf die Rückzahlung zugunsten eines Ausbildungsfonds, welcher der Förderung beruflicher Bildung diene, zu verzichten. Dieser Vorgang würde nach Rücksprache mit der Finanzbehörde steuerlich neutral gewertet.

Herr Dr. Teichert ergänzt, dass dies ein schwieriger Beschluss sei und die Lage ausführlich im Innenausschuss diskutiert worden sei. Es ginge um viel Geld, wäre aber notwendig. In der Vergangenheit seien Fehler bei der Dotierung der Rücklagen sowie der Budgetierung gemacht worden. Wäre dies nicht geschehen, so wäre diese Rückzahlung nicht notwendig. Er verweist auf ein Gutachten zum Zinsänderungsrisiko in den Pensionsverpflichtungen aus dem Jahr 2012, welches erst im vergangenen Jahr entdeckt worden sei. Dieses Gutachten weise erhebliche zukünftige Pensionslasten aus, die über die seinerzeit handelsrechtlich bilanzierten Pensionsrückstellungen hinausgehen. Er frage sich, wie ein solches Gutachten in irgendeiner Schublade verschwinden konnte. Laut den Hamburger Gerichten (dies würde in anderen Ländern anders gehandhabt) könne nun jedoch das Gutachten genutzt werden, um die Rückzahlungssumme zu errechnen. Diese läge mit dem Gutachten bei 20 Millionen Euro und ohne das Gutachten bei 32 Millionen Euro. In der nächsten Plenarsitzung werde Herr Mücke den Ausbildungsfond genauer vorstellen.

Herr Duphorn stellt seinen Änderungsantrag für eine Beitragsrückerstattung in Höhe von 32,5 Millionen Euro mit der Begründung vor, dass das Gutachten im Jahr 2014 dem Innenausschuss und Plenum nicht bekannt gewesen sei und nun herangezogen würde, um die Beitragsrückerstattung zu minimieren. Das damals durch das Gutachten bewertete erhöhte Zinsrisiko hätte zur Folge haben müssen, dass sich die Umlage für die Beiträge in den Jahren 2013 oder 2014 von 0,25 auf 0,35 erhöhten. Dies hätte insbesondere die 1000 größten Unternehmen in Hamburg betroffen. Stattdessen wäre sogar die Pension des damaligen Hauptgeschäftsführers Professor Schmidt-Trenz um 70 Prozent angehoben worden. Es sei nicht in Ordnung, gerade diese Gutachten als Begründung für eine Rückerstattung von 20 Millionen Euro heranzuziehen.

b) Beschlussvorschlag von Herrn Pirck

Herr Pirck gibt zu bedenken, dass die Beitragserstattung und deren Auswirkungen auf die Rücklagen kein Roulettespiel sei, die Sterbetafeln nicht angepasst worden seien, die Lebenserwartung steige und ein konjunktureller Abschwung möglich sei. Er verweist darauf, dass sein Änderungsantrag (Anlage 8) das andere Extrem zu dem von Herrn Duphorn sei.

Herr Kaufholz unterstützt Herrn Duphorn und merkt an, dass er viele unterschiedliche Rechtsprechungen des OVG kenne. Zudem könne er sich das negative Presseecho vorstellen, sollte die Handelskammer zunächst Geld rücküberweisen und dann gleich wieder zurückholen.

Herr Korff fragt nach, wie es passieren konnte, dass das Plenum damals das Gutachten nicht kannte und auch die Pensionserhöhung verschwiegen wurde.

Herr Dr. Teichert antwortet, das Hauptamt sei derzeit dabei zu klären, wem das Gutachten damals bekannt war. Derzeit wäre nur sicher, dass es bezahlt und in der Handelskammer abgegeben wurde. Wer es gelesen habe und in wessen Schublade es verschwand, wisse er nicht.

Herr Pirck weist daraufhin, dass laut Plenarprotokoll Juli 2014 das Zinsrisiko aus Pensionen bekannt war. Herr Dr. Teichert entgegnet dazu, dies sei genau der Kern, es wurde damals aufgrund des fehlenden Gutachtens ein zu hohes Budget verabschiedet.

Herr Jakovlev fragt nach dem formalen Verfahren zur Pensionserhöhung von Professor Schmidt-Trenz und wer diese damals genehmigt hat. Herr Präses Bergmann antwortet, dass in einem solchen Verfahren der Präses sowie ein Vizepräses zustimmen müssten. Herr Jakovlev möchte, dass dies nicht so stehen gelassen wird. Herr Dr. Teichert ergänzt, dass der Beschluss damals von sämtlichen Präsidiumsmitgliedern genehmigt worden sei, dies aber nicht in den Protokollen vermerkt wurde.

Herr Duphorn merkt an, es hätte bereits in den Jahren 2012 oder 2013 reagiert werden müssen, dies sei erst 2014 passiert was in 2015 erkennbar wurde, für ihn sei das ein Skandal.

Das Plenum lehnt den Änderungsantrag von Herrn Pirck mit zwei Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und bei zwei Enthaltungen ab.

Das Plenum lehnt den Änderungsantrag von Herrn Duphorn mit zwei Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und bei zwei Enthaltungen ab.

Das Plenum stimmt dem Vorschlag des Präsidiums und des Ausschusses für Inneres mit 27 Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen und bei vier Enthaltungen zu.

Im Anschluss an die Abstimmungen bittet Herr Hellwig um eine verbindliche Zusage, das Verschwinden des Gutachtens zu klären. Herr Dr. Teichert merkt an, dass das Hauptamt den Sachverhalt derzeit prüfe. Es sei noch nicht geklärt, wer das Gutachten im Hauptamt kannte und ob es jemand aus dem Ehrenamt bekannt war. Derzeit würden dazu entsprechende Personen befragt. Herr Präses Bergmann ergänzt, der Vorgang werde im Innenausschuss diskutiert und aufgearbeitet, anschließend würde dem Plenum berichtet.

TOP 5: Stellungnahme der Handelskammer zum Medienstaatsvertrag

Frau Rickwardt stellt anhand der Folien in Anlage 9 die Stellungnahme der Handelskammer zum Medienstaatsvertrag vor. Ziel sei es, dass alle Bundesländer einstimmig dem Medienstaatsvertrag zustimmen. Da die zentralen Anregungen des Entwurfs unter anderem vom Hamburger Kultur- und Mediensenator, Dr. Carsten Brosda, stammen, sei es für die Medien- und Digitalmetropole Hamburg wichtig, sich an der Kommentierung des Staatsvertrags zu beteiligen. Die Handelskammer Hamburg habe unter Einbeziehung von Branchenexperten, dem Ausschuss für Medien- und Kreativwirtschaft sowie dem Ausschuss für Digitale Wirtschaft ein Positionspapier erarbeitet. Der generelle Ansatz sei eine Deregulierung zur Entlastung aller Unternehmen, es entstünde so ein „level-playing-field“.

Herr Präses Bergmann bittet Frau Rickwardt auf Nachfrage von Herrn Ederhof den Unterschied des Änderungsantrags von Frau Stumpf zu erläutern, da diese in der Sitzung nicht anwesend ist. Frau Rickwardt erklärt, ihr fehle die fachliche Eingabe, Frau Stumpf stimme gegen zwei Sätze, die auch in den Ausschüssen intensiv diskutiert wurden. Es solle laut ihrem Antrag eine Bagatellklausel gestrichen werden. In dieser Bagatellklausel ginge es darum, dass Live-Gamer belangt werden könnten, sollten sie verfassungsfeindliche Inhalte übertragen. Da Live-Gamer teilweise eine extrem hohe Zuschauerzahl hätten, ginge es hier um eine hohe Verantwortung. Daher möchte Frau Rickwardt, dass diese Klausel bestehen bleibe. Herr Mücke unterstützt den Antrag von Frau Rickwardt, Live-Gaming und eSports würden immer populärer, somit wäre der Antrag weitsichtig.

Das Plenum lehnt den Änderungsantrag von Frau Stumpf mit null Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und bei neun Enthaltungen ab.

Das Plenum stimmt der Stellungnahme der Handelskammer zum Medienstaatsvertrag mit 27 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und bei sechs Enthaltungen zu.

TOP 6: Beschluss zu den Betriebszeiten des Flughafens Hamburg

Frau Beine stellt den Beschlussvorschlag der Handelskammer zu den Betriebszeiten des Flughafens Hamburg vor. Dieser spricht sich gemäß Beschlusslage des Ausschusses für Verkehr, des Ausschusses für Außenwirtschaft sowie des Ausschusses für Tourismus und Gastgewerbe für den Erhalt der bestehenden Betriebszeiten von täglich 6 bis 23 Uhr zzgl. einer Verspätungsstunde bis 24 Uhr für Starts und Landungen aus. Die Befassung der genannten Ausschüsse sei im Kontext des Beschlusses der Fluglärmschutzkommission vom 1.12.2017 erfolgt; diese habe aufgrund der damit verbundenen Lärmbeschwerden für eine Einschränkung der bestehenden Verspätungsregelung (keine Starts nach 23 Uhr, keine Landungen nach 23.30 Uhr) votiert. Das Plenum habe sich bereits im Zusammenhang mit dem Standpunktepapier zur Bundestagswahl 2017 für die Gewährleistung bestehender Betriebsgenehmigungen von Flughäfen ausgesprochen.

Frau Rohwedder erläutert die Bedeutung der Beibehaltung der Betriebszeiten für die Tourismuswirtschaft und den Wirtschaftsstandort Hamburg allgemein. Der Ausschuss für Tourismus und Gastgewerbe habe das Thema diskutiert und sich einstimmig für den Beschlussvorschlag ausgesprochen.

Herr Brauer unterstützt für den Ausschuss für Umwelt ebenfalls den Beschlussvorschlag, betont aber auch, dass die Anwohnerbelange ernstgenommen werden müssten. Auslöser der Debatte wäre der Flugverkehr nach 23 Uhr, welcher wieder zur Ausnahme statt Regel werden müsse. Der Dialog zwischen Anwohnern, Flughafen und Airlines müsse daher intensiviert werden.

Herr Dircks erläutert, dass der Ausschuss für Außenwirtschaft unter Beteiligung der Ausschüsse für Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa ebenfalls den Beschlussvorschlag ohne Gegenstimme unterstützt habe. Die Erreichbarkeit des Flughafens sei erfolgskritisch für den Hamburger Außenhandel. Er bittet das Plenum um Zustimmung zum Beschluss.

Herr Kranz weist darauf hin, dass die Regelung nach 23 Uhr starten und landen zu dürfen auch heute schon nur für Ausnahmefälle gelten dürfte und deshalb die von der Fluglärm-schutzkommission beschlossene Änderung keinen großen Einschnitt bedeute. Dies tut sie nur, da die Ausnahmeregel zu häufig genutzt würde.

Herr Korff bemängelt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft nicht befasst worden sei.

Herr Siebold bezweifelt, dass eine Stunde Betriebszeit mehr oder weniger das Wohl Hamburgs entscheide. Er plädiert dafür, das eigene Flugverhalten kritisch zu überprüfen. Er halte eine Betriebszeit des Hamburger Flughafens von 8-20 Uhr für ausreichend und nicht geschäftsschädigend.

Das Plenum nimmt den Beschluss zu den Betriebszeiten des Flughafens Hamburg mit 16 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und bei vier Enthaltungen nicht an.

Herr Graf bestätigt, dass der Beschlussvorschlag damit keine Mehrheit bekommen habe.

TOP 7: „Verantwortungsbiographien“ – Einrichtung einer Folgekommission zur Stolpersteinkommission

Aus Zeitgründen wird TOP 7 in die nächste Sitzung verschoben. Frau Nack-Warenycia ist damit einverstanden.

TOP 12 Verschiedenes

Herr Pirck wünscht eine Erklärung zu dem Abendblattartikel, welcher die Abfindungszahlungen behandle. Frau Degen antwortet, der Artikel wäre Spekulation, die Lage würde derzeit rechtlich geprüft und die für die Handelskammer werde kein Schaden entstehen.

Herr Brauer bittet um eine luftigere Bestuhlung für künftige Sitzungen.

Herr Präses Bergmann beendet die Sitzung um 18.15 Uhr.

Hamburg, 25. Oktober 2018



Christi Degen
Hauptgeschäftsführerin

Anlagen:

- Anlage 1 - TOP 9 - Antrag Reform der Handelskammer
- Anlage 2 - TOP 9 - Folien Reorganisationsprozess #NeueKammer
- Anlage 3 - TOP 9 - Stellungnahme des Hauptamts zum Antrag Reform der Handelskammer
- Anlage 4 - TOP 11a - Berichte Präses und Präsidium
- Anlage 5 - TOP 3a - Antrag von Frau Arova zur Bewertung der aktuellen und zukünftigen wirtschaftlichen Perspektive des Hamburger Hafens
- Anlage 6 - TOP 4a - Folien zum Beschlussvorschlag des Präsidiums und des Ausschusses für Inneres
- Anlage 7 - TOP 4a - Beschlussvorschlag des Präsidiums zur Beitragserstattung
- Anlage 8 - TOP 4b - Beschlussvorschlag Pirck
- Anlage 9 - TOP 5 - Stellungnahme Medienstaatsvertrag